

# Die gegnerische Einstellung auf beiden Seiten

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **33 (1934)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nach den Angaben der Statthalter hatten die Unzufriedenen eine Anzahl der Unterschriften dadurch gewonnen, daß sie auf manchen Bögen der Petition die verfängliche Stelle mit dem Trennungsbegehren weggelassen hatten <sup>142)</sup>.

Am 24. Juli reisten die Herren Dr. J. J. Hug, Peter Hügin von Oberwil, Heinrich Vogt von Frenkendorf <sup>143)</sup> und der Maler Johann Senn von Liestal nach Luzern, um der Tagsatzung die Petition nebst einem von ihnen unterzeichneten Begleitschreiben zu überbringen. Zur Verstärkung der Aktion trafen auch die Herren Rosenburger, Niklaus Singeisen und Berry-Brüderlin in Luzern ein, wo gleichzeitig Stephan Gutzwiller und der radikale Ludwig Snell sich um die Gunst der Tagsatzungsherren bemühten <sup>144)</sup>.

Ende des Monats übersandten die Herren Dr. Hug und Johann Senn lithographierte Schreiben an alle Stände mit der dringenden Bitte, ihre Gesandten zugunsten der Petition zu instruieren <sup>145)</sup>.

Trotz diesen eifrigen Versuchen um Beeinflussung der Tagsatzung hatte die Petition in den nächsten Monaten keine direkte Wirkung. Amrhyn legte sie am 11. August der Tagsatzung vor mit dem Protest des Basler Gesandten, der sich darauf berief, daß die Untertanen eines Kantons kein Petitionsrecht an die eidgenössische Behörde besäßen; die Tagsatzung legte die Schrift zur Kanzlei und behandelte sie erst im September. Schneller war der indirekte Einfluß in Baselland spürbar.

## C. Der Aufstand und seine Bekämpfung.

### I. Die gegnerische Einstellung auf beiden Seiten.

#### 1. Das Schüren der Bewegung auf der Landschaft.

Einen noch stärkeren Druck auf die Tagsatzung suchten die Führer der Unabhängigkeitspartei auf ihrem eigenen Boden zu erzeugen; sie wußten genau, daß nach dem staatsrechtlichen Verhältnis der Eidgenossenschaft an eine Einmischung der eidgenössischen Behörde nicht zu denken war, solange im Kanton Basel die öffentliche Ruhe und Ordnung herrschte. Nur wenn diese gestört war oder wenigstens gestört schien, konnte die Opposition

<sup>142)</sup> Trennung A 12, 27. und 30. VII. unter Berufung auf die Aussagen des Gemeinderates in Buus.

<sup>143)</sup> „Ein aufgeblasener Simpel.“ Bericht Paravicini, Trennung A 12, 26. VII.

<sup>144)</sup> Basler Revolution, Bd. II. Schreiben von Appellationsrat La Roche vom 22. VII. „Basler Zeitung“ Nr. 85.

<sup>145)</sup> Trennung A 12, 1. VIII. „Appenzeller Zeitung“ Nr. 122/123.

auf ein Eingreifen des Zentralorganes hoffen. Es ist daher sehr bezeichnend, daß die beiden wichtigen Ereignisse, die Démarche des Kantons Aargau und die Übergabe der Vorstellungsschrift, von politischen Aktionen in der Landschaft begleitet waren; öffentliche Demonstrationen aller Art hatten den Zweck, auf die Stimmung der Gesandten einzuwirken. Diesen Eindruck hatten damals auch die Statthalter.

Der Auftakt einer neuen politischen Bewegung der bereits totgesagten Partei ging von den Großräten des Birsecks aus. Jakob von Blarer, J. J. Debary, der Chirurg Gutzwiller von Therwil, der Sonnenwirt Enderlin in Aesch, Joseph Schaub von Ettlingen, Paulus Vogt von Allschwil und Johann Häring von Oberwil hatten am 11. Juli im Ettinger Bad eine politische Versammlung organisiert, welche das Postulat auf Trennung der Landschaft von der Stadt stellte<sup>146)</sup> und ferner das Ziel verfolgte, eine neue Birsecker Petition zu lancieren. Gleichzeitig war die Oppositionslust im Bezirk Liestal und im Untern Bezirk verbreitet. Die Statthalter tadelten in ihren Berichten die Einwohner von Liestal, Lausen, Frenkendorf, Muttenz<sup>147)</sup> und Pratteln als sehr störrisch. Auf dem Kirchturm in Liestal befand sich Tag und Nacht ein Wächter, um die Bevölkerung beim Nahen einer Basler Truppe zu alarmieren<sup>148)</sup>. In den Nächten vom 17.—20. Juli trugen die Unzufriedenen in Liestal und Sissach rotweiße Kokarden; Freiheitsbäume waren das Signal für eine neue Bewegung. Die Tanne in Sissach war mit der Aufschrift geschmückt: „Wer mich berührt, der soll des Todes sterben.“

Am 24. Juli veranstaltete die Liestaler Unabhängigkeitspartei<sup>149)</sup> eine Zusammenkunft im „Schlüssel“; am nächsten Tag traf sie im Schauenburger Bad mit den Gesinnungsgenossen aus den andern Bezirken zusammen. Dr. Emil Frey, den sein Bruder aus Marseille begleitete, schimpfte auf die Basler ärger als

<sup>146)</sup> „Basler Zeitung“ Nr. 84.

<sup>147)</sup> In Muttenz hatten die „bösen Schreier“ die Oberhand erhalten und die alten obrigkeitlich gesinnten Mitglieder des Gemeinderates verdrängt. Der Gemeinderat bestehe aus lauter Revoluzzern (Gerichtsweibel Rudin, Jakob Hammel, Benedikt Mesmer, Bruder des Schlüsselwirts, und Heinrich Eglin, Schuhmacher), klagte der Statthalter am 13. und 20. Juli, während in Pratteln die Leute noch weniger freundlich seien als in Muttenz.

<sup>148)</sup> Man dachte noch nicht an einen eigentlichen militärischen Ueberfall zur Besetzung des Städtchens, sondern an eine Expedition der Standeskompanie zur Vornahme einer Verhaftung, entsprechend dem Ausmarsch nach Pratteln am 22. Juni. „Berner Volksfreund“ 1831. Nr. 35. „Schweizer Republikaner“ Nr. 57 vom 8. VII.

<sup>149)</sup> Außer den mehrfach genannten Führern sind zu erwähnen der Tierarzt Zeller, der Schuldenbote Köchlin, der Uhrmacher Senn und der Schlüsselwirt Brodbeck.

alle Liestaler zusammen. Im Städtchen selbst schob man wieder die Kinder vor; zwölfjährige Knaben verteilten auf der Straße Kokarden und suchten die Landjäger zu reizen, die nach der Weisung von Polizeidirektor Wieland allen Spott mußten über sich ergehen lassen, um ja den Erwachsenen keinen Anlaß zu einem Streit zu geben.

Im Untern Bezirk bildete das Wirtshaus des Tierarztes Konrad Kummler das Zentrum der oppositionellen Bewegung. Am 25. Juli verteilten dort „Unbekannte“ an alle Gäste Kokarden und bedrohten diejenigen, die sie nicht nehmen wollten, mit Prügeln. Der Wirt „konnte nichts dafür“. Am gleichen Tage steckten in Waldenburg die alten Revolutionäre, der abgesetzte Präsident Tschopp, alt Gemeinderat Straumann und der in den Großen Rat gewählte Chirurg Moser in der hintern Stube des „Löwen“ die Köpfe zusammen, während der Wirt, der amnestierte Johann Joerin, sich ruhig verhielt.

Als Folge der Führerkonferenzen machte sich bald eine intensive Erregung in den einzelnen Dörfern bemerkbar; sie wurde hauptsächlich durch absichtlich verbreitete schlimme Gerüchte<sup>150)</sup> gleichzeitig in den Bezirken Liestal, Sissach und Waldenburg sehr verstärkt. Am 21. Juli, gerade ein Monat, bevor das Märchen Wirklichkeit wurde, verkündete die Unabhängigkeitspartei in Liestal die Nachricht, daß die Basler Truppen im Anmarsch seien. In Wintersingen erwartete man einen Angriff von Gelterkinden aus auf Grund mehrfacher Meldungen, daß die Basler ihren Anhängern in den obrigkeitlichen Gemeinden Pulver zugeführt und mit ihnen Dorfmetzeleien verabredet hätten. In Waldenburg erzählte man, in Basel seien alle Kanonen auf die Wälle aufgeführt worden. Gewiß sind manche Gerüchte automatisch, nur durch dummes Schwatzen von unbeteiligten ängstlichen oder sensationslüsternen Personen entstanden. Daneben spricht aber doch vieles für ein planmäßiges Vorgehen; wenigstens hatten auch die Statthalter die Auffassung, daß die Gegner Aufregung, Angst, Erbitterung und Wut unter der Bevölkerung erzeugen wollten, um die Stimmung für den künftigen zweiten Aufstand rechtzeitig vorzubereiten. Namentlich in Buus<sup>151)</sup>, Diegten, Teniken und Eptingen<sup>152)</sup> offenbarten sich revolutionäre Tendenzen.

<sup>150)</sup> Trennung A 12, 26. VII. Basler Revolution II 2, Nr. 29.

<sup>151)</sup> Auch Buus nahm nun einen „Ministerschub“ vor und wählte den Ankenboten Jakob Hasler, „einen der ärgsten Schreier“, der kaum der Schule entwachsen war, und den ebenfalls sehr revolutionären Graf in den Gemeinderat. Beide hatten dem Statthalter vor ganz kurzer Zeit den Treueid geleistet, erinnerten sich aber jetzt nicht mehr daran.

<sup>152)</sup> Basler Revolution II 2, Nr. 28 und 31.



Kein Zufall war es jedenfalls, daß in den gleichen Tagen der „Eidgenosse“ in Sursee den Zeitungskrieg eröffnete mit einer gehässigen Korrespondenz, welche die Berichte über Munitionstransporte<sup>153)</sup> nach Reigoldswil und Gelterkinden benützte, um die Landbevölkerung aufzuhetzen. Die Stadt wolle „die dummen Bauern zur Raison bringen... Die Baselbieter Bauern, die Hunde, heißt es in der Stadt, müssen zahm werden; was gilt's, sie kriechen wieder zum Kreuz... Basel ist und bleibt Krähwinkel! verharzt in städtischen Vorrechten und vornehmerem Übergewicht<sup>154)</sup>.“

Der „Republikaner“ benützte die Fabel vom Terror, der bei der Sammlung von Unterschriften für die Petition ausgeübt worden sei, zur Herausgabe eines fingierten Polizeibefehls, lautend: „Auf jenes Unthier scharf zu vigilieren, dasselbe beyzufängen und todt oder lebendig Meinen Gnädigen Herren vor die Füße zu legen.“ Und die Nutzenanwendung: „Hört es, Eidgenossen, so erstickt man den letzten Notschrey Eurer Brüder<sup>155)</sup>.“

Mit stärkerer Wucht setzte die „Appenzeller Zeitung“ ein; eine Korrespondenz vom obern Zürchersee in der Nummer vom 20. Juli wärmte die alten zügigen Phrasen von den „Gewalttaten und Grausamkeiten des Polizeifuchses, des Kanonierbureaus, der Totenköpfler und ihrer saubern Konsorten“ wieder auf. Der klar erkennbare Hauptzweck des Artikels bestand darin, die Herren der Tagsatzung gegen Basel in Harnisch zu bringen mit der Angabe, daß der Übermut der Stadt, besonders aber die „Basler Zeitung“ mit ihrer ganzen Schamlosigkeit über die Tagsatzung nur gespottet hätte. „Umso mehr erwarten wir von der Tagsatzung eine Kraftäußerung. Namentlich hoffen wir eine Ehrenrettung der Tagsatzung von den so freisinnig gewordenen Kantonen Zürich, Luzern, Thurgau, Solothurn, St. Gallen und andern<sup>156)</sup>.“

<sup>153)</sup> Diese Gerüchte waren alle unwahr; betr. Munitionstransporte s. sub. C II.

<sup>154)</sup> Nr. 59 vom 25. Juli. Als Beweis für den „unvertilgbaren Haß der privilegierten Städter gegen das unterdrückte Land“ dienten die Ausflüge der Basler in das Badische.

<sup>155)</sup> Beiblatt Nr. 4 vom 26. VII. In Wirklichkeit hatte der Bürgermeister Frey dem Statthalter-Verweser La Roche in Waldenburg gerade in jener Zeit Vorsicht empfohlen mit den Worten: „Denn es wird dahin getrachtet, durch alle ersinnliche Mittel die Regierung zu ernstlichen Maßregeln zu provociieren, um von den Uebelgesinnten sie auf der Tagsatzung geltend zu machen.“ Basler Revolution II 2, Nr. 31.

<sup>156)</sup> Mit persönlicher Apostrophierung: „Männer, wie Amrhyn, Pfyffer, Mural, Baumgartner, Sidler, Oertli, Scholler, Munzinger, Merk und wie die Wackern und Freisinnigen alle heißen, sind uns die beste Garantie, daß nicht neue Schmach über unser Vaterland komme.“

Eine weitere Korrespondenz aus Basel vom 21. Juli (Nr. 118) benützte den Erfolg der Unterschriftensammlung für die Petition dazu, um über die Basler Polizeigewalt zu triumphieren. Wie im Januar und Februar hütete man sich wohl vor einer Detailangabe, die eine Nachprüfung erlaubt hätte. Der anonyme Ankläger beschränkte sich darauf, das „furchtbare Schreckenssystem“, die „zehnfach gesteigerte Wirksamkeit der Polizei“, „die Grausamkeiten“ der verhaßten Regierung und schließlich „die schmählichen Mittel, durch welche die Annahme unserer Verfassung herbeigeführt wurde“, anzugeben. Gleichzeitig bezweifelte er die wirkliche Annahme der Verfassung durch das Volk<sup>157)</sup>. Was aber am meisten auf eine planmäßige Absicht der Polemik im Hinblick auf eine neue Aufstandsbewegung hindeutet, war ein eifriger Appell an die Nachbarn der Kantone Aargau und Solothurn zu einem tatkräftigen Einschreiten zur Unterstützung der Landschaft.

Den Auftakt zu einem in naher Zeit vorausgesetzten Aufbruch erblicken wir ferner in einer Proklamation an die Stadtbürgerschaft<sup>158)</sup> vom 27. Juli; sie war von Dr. Hug verfaßt, den gerade damals der Statthalter Verweser Paravicini in Liestal „wegen seiner glatten Zunge“ als den gefährlichsten Mann bezeichnete. Sehr interessant ist es, wie diese Schrift eine genaue Parallele zu der treuherzigen Proklamation vom 5. Januar<sup>159)</sup> bildete, die der ersten Insurrektion vorangegangen ist. In beiden Fällen bestand die Absicht, einen Teil der Stadtbürgerschaft zum Abfall von der Regierung zu verleiten. Das diplomatische Kunststück war mit einer *captatio benevolentiae* eingeleitet, indem es der Stadtbürgerschaft den Dank aussprach für ihre „unzählbaren Wohltaten“. Sodann bezeugte die Schrift die Sympathie des Landvolkes mit dem Kern der Bürgerschaft, dem Handels- und Handwerkerstand, der unter der Regierung „ebenso sehr geschmachtet als wir“. Hierauf wurde der Keil stärker eingesetzt, der die Spaltung der Bürgerschaft bewirken sollte, mit dem Vorwurf, daß die Regierung auch die Stadtbürgerschaft immer nur als Werk- und Spielzeug ausgenützt und Haß und Zwietracht zwischen den Landbürgern und den Stadtbürgern erzeugt habe; mit Schlaueit

<sup>157)</sup> Sehr bemerkenswert ist es, daß eine Korrespondenz vom gleichen Tage auch im „Schweizer Bote“ Nr. 29 behauptete, daß im Bezirk Sissach „die gewissenhaftesten Männer“ überzeugt seien, daß die Annahme der Verfassung eine Fälschung sei. Diese Behauptung wurde in Nr. 31 vom 4. August wiederholt. Der Vorstoß von Dr. Frey in der Sitzung des Großen Rates vom 15. Juni (s. Anm. 89) hatte also schon reichlich Früchte getragen, s. Entgegnung in Nr. 32.

<sup>158)</sup> Basler Revolution Bd. II S. 25.

<sup>159)</sup> S. I. Teil S. 235.

sei eine Partei gegen die andere aufgehetzt worden, um die Familienherrschaft der Regierenden zu bewahren<sup>160</sup>). Nach einer weiteren Hetze unter Ausnützung der Totenköpfler mit allen Schauertaten der „afteradelichen Herrschaft“ gab der Verfasser plötzlich die naive Erklärung ab, daß die Landleute keineswegs gesinnt seien, ihre Brüder in der Stadt gegen das Regiment aufzuwiegeln. Sie hätten überhaupt keine schlimmen Absichten. „Wir nehmen Euer Anerbieten, — die Trennung — mit ungeheuchelter Dankbarkeit an, hoffen aber, damit doch Nachbarsfreunde und Bundesgenossen zu bleiben.“ Den Höhepunkt der „gleißnerischen Worte“<sup>161</sup>) bildete das edelmütige, hehre Gelöbnis, daß die Landleute im Falle eines Angriffs von auswärtigen Feinden der Stadt würden „Hülfe leisten, um mit Euch, an Eurer Seite, Eure und unsere Freiheit zu verteidigen, für Euer und unser Heil im Kampfe zu siegen oder zu sterben<sup>162</sup>)“.

Die Regierungsbehörden ließen die Symptome einer nahen Gefahr nicht unbeachtet. Der Polizeidirektor Wieland wollte, wie im Januar, den Hieb der Parade vorziehen. Am 25. Juli stellte er dem Bürgermeister Frey den Antrag zur Bildung einer mobilen Kolonne von 300 Mann mit etwas Artillerie; er selbst anerbote sich, das Kommando zu übernehmen, um schnell in der Nacht jede Versammlung oder Zusammenrottung der Unzufriedenen zu umringen und die Rädelsführer gefangen zu nehmen. So seien die Rebellen nirgends sicher. Wenn man dagegen diese böswilligen und verstockten Menschen nicht kraftvoll zur Ordnung bringe, werde der Revolutionsgeist niemals unterdrückt. Bürgermeister Frey antwortete, daß er die guten Absichten des Herrn Polizeidirektors nicht verkenne; es sei aber der Klugheit nicht angemessen, solche Maßregeln zu ergreifen.

Offenbar hatte Frey recht, indem Wieland, so sehr eine starke Hand der Obrigkeit auf der Landschaft nottat, doch zwei Momente übersehen hatte, ein juristisches und ein diplomatisches Bedenken. Die Formierung einer Sturmtruppe wäre gewiß nützlich gewesen, um beim ersten Akt eines neuen Aufruhrs sofort den entscheidenden Gegenschlag auszuführen. Es ging jedoch

<sup>160</sup>) „Bald gebrauchte sie Euch, um das Landvolk zu unterdrücken, wenn es seine heiligen Rechte verlangte; bald gewann sie listigerweise wieder das Landvolk, um Euch zu züchtigen, wenn Ihr ihre Ungerechtigkeiten nicht mehr dulden wolltet.“

<sup>161</sup>) „Mitteilungen“ Nr. 5, S. 26.

<sup>162</sup>) In einer andern Proklamation (Trennung A 12, 4. VIII) versicherten die Liestaler, daß sie ihre Rechte nur auf friedlichem, legalem Wege mittelst eidgenössischer Intervention erreichen wollten, und baten die Basler, jede Gewalttat zu vermeiden.

nicht an, wie Wieland beabsichtigte, einen nächtlichen Überfall zu veranstalten, um die Teilnehmer irgend einer politischen Versammlung oder „Zusammenrottung“ zu verhaften. Denn schließlich war bis zur Stunde, außer der Muttenzer Meuterei, weder von einem Führer, noch von einem Parteimann eine Tat nachgewiesen, die als aufrührerisch hätte verfolgt werden können. Daß die in den Wirtshäusern versammelten Prominenten der Landschaft gegenüber der Stadt Basel nichts Gutes im Sinne hatten, war umso eher anzunehmen, als ihr ständiger Verkehr mit den geflüchteten Insurgentenchefs bekannt war. Aber ihre Zusammenkünfte waren vorerst nichts anderes als Fraktions-sitzungen der Großratsmitglieder. Dabei gingen diese politischen Spitzenorganisationen sehr vorsichtig vor. Die Großräte, welche überall Unterschriften für die Petition an die Tagsatzung gesammelt hatten, verzichteten darauf, die Bögen selbst zu unterschreiben. „Sie lassen mit fremden Fingern die Kastanien dem Feuer entheben, um nicht selbst Blasen daran zu erhalten<sup>163)</sup>.“

Die zweite Schwierigkeit lag im Verhältnis des Kantons zur Tagsatzung. Eine militärische Aktion mit zahlreichen Verhaftungen hätte der Opposition den von ihr ersehnten Beweis geliefert, daß die Ruhe im Kanton Basel wieder gestört sei. Die radikalen schweizerischen Zeitungen wären nicht mehr um den Stoff für ihre Leitartikel verlegen gewesen; sie hätten die im Frühjahr eingeschlafene Hetze gegen die Stadt Basel mit der Schilderung der scheußlichen durch die blutdürstigen Meuchelmörder begangenen Verbrechen wieder mit neuer Kraft aufgenommen. Um dem Papierkrieg und den diplomatischen Angriffen auf der Tagsatzung standhalten zu können, mußte die Stadt Basel in der Lage sein, mindestens ein Komplott für einen neuen Aufruhr der Landschaft einwandfrei nachzuweisen. Sonst hätten sich natürlich auch keine Verhaftungen aufrecht erhalten lassen und eine militärische Expedition nach Liestal wäre ein leerer Schlag ins Wasser gewesen mit einer unheilvollen Rückwirkung, die sich tatsächlich nach dem 21. August einstellte. Bürgermeister Frey verdient demgemäß für seine besonnene Haltung in jenem kritischen Zeitpunkt volle Anerkennung; nur hätte er noch verdienstlicher gehandelt, wenn er Oberst Wieland beauftragt hätte, nach seinem Vorschlag eine künftige Expeditionstruppe *vorsorglich* zu organisieren, um die Möglichkeit zu schaffen, sie beim wirklichen Ausbruch eines Aufruhrs innert wenigen Stunden aufzubieten und abmarschieren zu lassen.

Solche Mobilisationsanträge unterbreitete am gleichen Tage

<sup>163)</sup> Bericht des Bezirksschreibers Schaub in Liestal vom 23. VII.

der Milizinspektor Pümpin in Gelterkinden den Basler Behörden. Am 25. Juli riet er ihnen, bei einer Gefahr zuerst nur die sichersten Sektionen des Bezirks Sissach aufzubieten und in Gelterkinden zu versammeln. Nach Ankunft der Basler Offiziere sei sofort der Bezirkshauptort zu besetzen; erst dann sollten die weniger sichern Sektionen aufgeboten werden; der Bezirk Liestal gar nicht, da man diesem nicht trauen dürfe. Auf die andern Milizen könne man sich in der Hauptsache verlassen.

Der Bürgermeister Frey befolgte im allgemeinen diese Vorschläge, indem er die Milizinspektoren Pümpin und Joerin (in Waldenburg) ermächtigte, beim Ausbruch von Unruhen das sämtliche Militär aufzubieten und die weitem Befehle abzuwarten<sup>164</sup>). Als indessen die Sache am 21. August klappen sollte, fehlte es an der richtigen Zusammenwirkung, weil man nie an eine genügende Vorbereitung auf Grund eines einheitlichen Kriegesplanes gedacht hatte.

Ende des Monats wurden die Regierung und ihre Organe auf der Landschaft wieder sorgloser. Die künstlich geschaffene Erregung der Landbevölkerung in den Tagen vom 18.—27. Juli schien wie ein Strohfeuer in sich selbst zusammenzusinken. Die Delegierten der Unabhängigkeitspartei waren in Luzern von keiner Seite zu einem neuen militärischen Abenteuer ermuntert worden. Rosenburger, der nun endgültig als Statthalter abgesetzt war<sup>165</sup>), kehrte am 30. Juli niedergeschlagen aus Luzern zurück. Der Chirurg Moser in Waldenburg, der neue Großrat, der sich eben noch durch viele Schimpfreden über die Basler und die Schelmenverfassung hervorgetan hatte, bat am 31. Juli den Verweser La Roche reuig und demütig um Verzeihung. Und der neue Dorfgregent von Buus, der Ankenbote Hasler, versicherte am 30. Juli dem Statthalter, daß in der von ihm unterzeichneten Petition kein Wort von Trennung gestanden sei. Schon glaubte der jetzt zuversichtliche Paravicini, der verhaßten Gegenpartei das Halali blasen zu können. Den aufständisch Gesinnten fehle

<sup>164</sup>) Basler Revolution Band II, S. 22.

<sup>165</sup>) Am 9. Juli. Trennung E 1. Basler Revolution II 2. Belustigend ist es, wie die radikalen Zeitungen im Lobe des abgesetzten Statthalters wetteiferten; während dieser nach der offiziellen Angabe bis zum Herbst 1830 in Liestal den vornehmen, unnahbaren Herrn gespielt hatte, schilderte nun der „Republikaner“ (Beiblatt Nr. 4) „die Liebe, welche sich dieser Mann durch seine neunjährige Amtsführung erworben hat“, und der „Eidgenosse“ behauptete, daß der „vielgeliebte Herr Statthalter“ durch seine edle Gesinnung und eifrige Vaterlandsliebe schon lange die Liebe seiner Mitbürger erworben habe. Dabei kannte der „Eidgenosse“ nicht einmal seinen Namen; denn er nannte ihn „Rosen, Burger zu Liestal“. (Nr. 39).



es zwar nicht am bösen Willen, wohl aber an einem *Mann*. „Denn die Herren Berry, Frey, Zeller, Singeisen und wie sie alle heißen mögen, sind einem solchen Unternehmen nicht gewachsen.“ Auch der Gemeinderat Gysin von Liestal war damals der Meinung, „daß die Lärmer von hier meist Maulhelden sind und daß die Wenigsten Muth haben werden, Kräftiges zu unternehmen“. Dies wäre alles sehr schön gewesen, wenn nur die obrigkeitlich Gesinnten selbst mehr Mut besessen hätten. Bei ihnen fehlte er aber noch mehr als bei jenen.

## 2. Die Absage der Unabhängigkeitspartei.

Der Monat August nahm in den ersten Tagen einen verheißungsvollen Anfang. Der Große Rat raffte sich zu einer schönen, weitsichtigen Tat auf, die hätte geeignet sein sollen, alle aufgeregten Gemüter der Landschaft zu beschwichtigen; er begnadigte Mesmer und Ritter.

Am 21. Juli hatte das Appellationsgericht die Gefängnisstrafe des Johann Mesmer von zwei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt. Einzelne um den Frieden besorgte Stadtbürger bemühten sich, ihn zur Einreichung eines Gnadengesuches zu bewegen; nach einiger Zögerung entschloß er sich dazu. Sein Beispiel befolgte der abgesetzte Salzmeister Ritter in Sissach. Den gleichen Schritt hatte man dem Heinrich Strub auf dem Reisen angeraten, der sich anfänglich geneigt zeigte, um Gnade zu bitten, dies aber doch unterließ, weil er vielleicht den Umschwung der politischen Verhältnisse voraussah. Nach Angaben aus Basler Quellen sind auch heimliche Verhandlungen mit den geflüchteten Insurgentenchefs im Elsaß gepflogen worden; diese sollen aber die Versöhnungsversuche schroff zurückgewiesen haben<sup>166</sup>).

Der Ratschlag der Regierung empfahl die Begnadigung von Mesmer und Ritter mit der Begründung, daß sie ihre Reue bekundet hätten; außerdem sei eine gute Wirkung des Aktes auf die rechtlich denkenden Miteidgenossen zu erwarten. Die Begnadigung Ritters war ohne weiteres verständlich, da er nur aus Schwäche bei der Annahme der Wahl in die Provisorische Regierung gefehlt hatte. Anders verhielt es sich mit Mesmer. Wenn man auch nicht alle seine militärischen Befehle als Kommandant der Insurgentenarmee auf sein eigenes Konto setzen wollte, so waren ihm doch viele Feindseligkeiten in Worten und Taten gegen die Regierung und die Stadt nachgewiesen.

<sup>166</sup>) „Vaterlandsfreund“ Nr. 56 vom 29. VIII.

In erster Linie trat in der Sitzung des Großen Rates vom 4. August <sup>167)</sup> der Kriminalgerichtspräsident Niklaus Bernoulli gegen den Antrag des Ratschlags auf. Seit seiner Liestaler Gefangenschaft war der frühere „fürchterliche Demagoge“ zu den Zeitereignissen sehr pessimistisch eingestellt. Er warnte die Regierung ernstlich vor der Maxime des beständigen Nachgebens mit den fruchtlosen Versöhnungsversuchen; die Opposition könne man dadurch doch nicht gewinnen; sie werde die Milde der Regierung nur als Schwäche auslegen; anderseits verwirre und ängstige man die gutgesinnten Landleute, die sich unter der schwachen Hand der Regierung nicht mehr sicher fühlten. Ebenso skeptisch war Bernoulli in Beziehung auf das Verhältnis zur Eidgenossenschaft. Es helfe der Stadt Basel gar nichts, wenn sie sich nach den Wünschen von einigen rechtlich denkenden Leuten unter den Miteidgenossen richte; denn bei solchen habe sie ja in den vergangenen Wirren doch keine tatkräftige Hilfe gefunden. Deshalb rief Bernoulli seinen Kollegen warnend zu: „Alle diejenigen, welche aus Politik zu dem Ratschlage stimmen, dürften noch bald genug die Früchte einer solchen Politik reifen sehen.“

Bürgermeister Frey dachte vielleicht ähnlich; aber er konnte sich vermutlich der Überzeugung nicht mehr verschließen, daß ihm auf der Tagsatzung weitere Kämpfe bevorständen; er wollte daher durch die Begnadigung seine Stellung auf der Tagsatzung befestigen. Den Kassandraruß widerlegte er mit dem kraftvollen Wort: „Sollte auch Mesmer gottesvergessen genug sein, sich in neue Umtriebe einzulassen, es wäre nur *ein* Mann mehr, vor dem wir uns nicht fürchten werden.“ Durch seine starke Energie, die in diesem Zeitraum Lob verdient, setzte Frey mit 85 Stimmen gegen 13 die Begnadigung Mesmers durch; diejenige von Ritter blieb unangefochten <sup>168)</sup>.

Merkwürdig war die Stellungnahme der Vertreter der Landschaft im Großen Rat. Dr. Gutzwiller, der Bruder des Stephan, sprach sich sehr gewunden aus mit der Wendung, daß wohl die Stadtbürger für Begnadigung stimmen könnten; die Landgroßräte würden dies aber nicht tun; immerhin wolle er die Petition des Mesmer um Erlaß der Strafe genehmigen. Samuel Brodbeck von Liestal redete in ähnlichem Sinne, während der ebenfalls von der Landpartei gewählte Johann Hartmann, der frühere Rats-

<sup>167)</sup> Referate siehe: „Basler Zeitung“ Nr. 92 vom 6. VIII. Mitteilungen für den Kanton Basel, Nr. 6—8. Basler Revolution II 2, Nr. 30.

<sup>168)</sup> Beide wurden wieder in das Aktivbürgerrecht eingesetzt und von der Tragung der Schadenersatzkosten entbunden. Ritter erhielt sein Salzmeisteramt zurück. Basler Revolution II 2, Nr. 30.



herr, in auffallender Weise von allen Aufstandslüsteren abrückte. Er schob die Schuld an der Verführung der Landleute auf die fremden Gelehrten, welche den Landmann soviel Geld kosteten; die Provisoristen seien nur wie eine Herde gewesen, welche sich in den Wald treiben lasse; übrigens sei einer so schlimm gewesen wie der andere. Der Ratschlag verdiene Dank und Achtung.

Wie mit Ausnahme dieses Votums der Dank der Unabhängigkeitspartei im Großen Rat ausblieb, so war auch die Wirkung des Gnadenaktes in der Landschaft und bei den Miteidgenossen in der Hauptsache negativ. Daß man die schroffen Vertreter der radikalen Partei durch die beiden Begnadigungen nicht gewinnen werde, konnte man bereits im Juli von der Redaktion des „Republikaner“ erfahren. Sie hatte am 26. Juli die Herabsetzung der Gefängnisstrafe Mesmers durch das Appellationsgericht mit giftigem Hohn besprochen<sup>169)</sup>, und beschimpfte am 2. August den Adam Ritter wegen seiner „weibischen Erniedrigung“ mit einem Pfui! Dagegen verherrlichte sie Mesmer, weil er, obgleich im Kerker schmachtend, standhaft geblieben sei und kein Begnadigungsgesuch unterzeichnet habe. Als dann aber Mesmer auch die erbetene Begnadigung erhielt, fiel es der radikalen Zeitung (Nr. 63) noch viel weniger ein, die Großmut der Basler zu loben; sie benützte den Anlaß nur, um gegen die Rede Bernoullis im Großen Rat zu polemisieren und die alten, im Januar gebrauchten Phrasen von der Grausamkeit der Stadt gegen das besiegte, umzingelte und geknebelte Landvolk zu wiederholen und in diesem Zusammenhang die Gültigkeit der Verfassungsannahme zu bestreiten.

Das Verhalten des „Republikaner“ mag nach politischen Begriffen verständlich sein. In Wirklichkeit war es ja nie das menschliche Mitgefühl für die Leiden der verfolgten Gesinnungsgenossen gewesen, welches die radikalen Zeitungen zu ihren Angriffen gegen Basel veranlaßte. Die Kampfgier des Politikers war das leidenschaftliche Agens, welches sie beständig antrieb, den prächtigen Agitationsstoff nach Kräften gegen die Stadt Basel auszunützen, die in ihren Augen sich als Herd der Reaktion darstellte. An den Personen selbst, an dem sehr gemäßigten Ritter und an dem nun zum Kreuz gekrochenen, ungebildeten

---

<sup>169)</sup> „Am 21. hat das Appellationsgericht die zweijährige Gefängnisstrafe Mesmers gnädigst zu halbieren geruht und somit ohne Zweifel zur Wiederherstellung des locker gewordenen Unterthanengehorsams der Bauern wesentlich kontribuiert.“ Beiblatt Nr. 4.

Mesmer war den Radikalen der schweizerischen Partei und der Unabhängigkeitspartei auf der Landschaft nichts gelegen.

Die Stellungnahme des „Republikaner“ und selbst der freisinnigen Zeitungen<sup>170)</sup>, welche sich zu keiner ehrlichen Anerkennung des Basler Gnadenaktes verstehen konnten, spricht sehr dafür, daß das pessimistische Urteil der Statthalter Burckhardt und Gysendörfer auf einer wahren Beobachtung beruhte. Nach ihrer Auffassung hatten die guten Bürger Angst vor einer Rückkehr der Flüchtlinge bekommen, während die Unabhängigkeitspartei durch den Gnadenakt zur Wut gereizt worden sei, weil sie dadurch eine Schwächung ihrer Propaganda befürchtete. Um diesen Schlag zu parieren, inszenierte sie nach den amtlichen Meldungen neue Aufregungen und Unruhen, wobei sie von Anfang an bedacht war, bei den radikalen Gesinnungsgenossen in den regenerierten Kantonen rechtzeitig Anschluß und Hilfe zu finden. Doch diese zauderten noch in den ersten Augusttagen. Selbst der so scharfe „Eidgenosse“ hielt mit einer eigentlichen Kriegsfanfare vorsichtig zurück. Wohl brachte er am 5. August einen neuen Hetzartikel, der unter dem Titel „Gedanken eines Landbürgers der Landschaft Basel“ mit giftigen Worten die Trennung forderte: „Trennen muß sich die Landschaft von der Stadt, damit die letztere von ihrer Kaiben- und Siechen-Regentschaft<sup>171)</sup> befreit wird. Trennen, damit die babylonische Gefangenschaft ihre Endschaft erreiche. Trennen, damit die spätern Söhne der Landschaft ihren Vätern nicht zu fluchen... veranlaßt sind.“ Aber die Redaktion selbst trat zuerst ihrem Korrespondenten entgegen mit der Mahnung: „Nicht Zerstückelung — Vereinigung thut Noth.“ Nachträglich gab sie doch zu, daß im Kanton Basel die Trennung nicht zu umgehen sei für den Fall, daß „der Paroxismus der politischen Fieberwuth in der Heldenstadt am Rheine andauern und Rechtsgefühl und Verstand ganz und gar aus den Köpfen und unwiederbringlich in den Geldkästen verloren gegangen sein sollte“.

Die Redaktion hatte sich demnach noch nicht definitiv festgelegt; sie konnte immer noch sagen, daß sie das Trennungsbegehren abgelehnt oder daß sie es empfohlen habe.

Ehrlicher und mit staatsmännischer Klugheit handelten die

---

<sup>170)</sup> Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ Nr. 64 hat die Begnadigungen nur kurz und ironisch angezeigt. Der „Vaterlandsfreund“, Nr. 56, bekannte sich zwar zu Basel, bemängelte aber doch, daß die Begnadigung nicht auf alle Insurgentenführer, auch gegen ihren Willen, ausgedehnt worden sei.

<sup>171)</sup> Nach dem Artikel sollen die Bauern von den Städtern als „Kaiben und Siechen“ beschimpft worden sein.

ernsthafte Politiker des Kantons Solothurn. Sie waren von Jakob Blarer, Dr. Frey und einigen andern Freunden<sup>172)</sup> auf den 7. August zu einer Zusammenkunft auf dem Schloß Falkenstein in der Klus, welches der Familie von Blarer gehörte, eingeladen worden, wollten aber auf das Angebot eines militärischen Abenteuers nicht anbeißen; deshalb warf ihnen Dr. Frey in seinen Memoiren<sup>173)</sup> vor, daß diese „Matadoren jenes sogenannten regenerierten Kantons fast alle zusammen mit fetten Staatsämtern beschert und daher den Embarras scheuend uns nur glatten Hofbescheid nebst einigen vaterländischen Festphrasen gaben“. Vor allem hätten sie sich gegen alles „Waffengeklirr“ verwahrt. Jakob von Blarer zog daher ab mit den unwilligen Worten: „Wohlan, ohne Euch werden wir's mit unsern Baslern ausfechten. Adieu!“ Man sieht also, daß die berühmten freisinnigen Führer des Kantons Solothurn, Munzinger und seine Gesinnungsgenossen, in den Augen der Basler Unabhängigen bereits zu Reaktionären geworden waren. On est toujours le réactionnaire de quelqu'un.

Die bisherige neutrale Haltung der auswärtigen Politiker hätte die Basler Regierung beruhigen können, in der Erwägung, daß die Erhöhung der Propagandatätigkeit durch die Herren Debary, Hug, Rosenburger, Dr. Frey, Singeisen und Kummeler auch in Verbindung mit dem „alten hergebrachten Liestaler Hochmuth“, über den sich Paravicini am 8. August beklagte, ohne fremde Unterstützung nicht viel ausrichten werde. Nun aber rächte sich die Zurückweisung des Aargauer Antrags auf der Tagsatzung vom 19. Juli. Damit waren die Parteien der andern Kantone geradezu gezwungen, zur Basler Streitsache erneut Stellung zu nehmen. Die Radikalen des Kantons Luzern taten dies sofort in einer sehr schroffen Weise.

Eine Siebner Kommission legte dem Großen Rat des Kantons Luzern einen vom Advokaten Kopp verfaßten Bericht vom 5. August vor, welcher das trefflichste Zeugnis für die leichtfertige Art bildet, wie damals die Parlamente in den freisinnigen Kantonen über die Basler Geschichte unterrichtet worden sind; das Gutachten behauptete keck, ohne im mindesten sich die Mühe

<sup>172)</sup> In Trennung A 12 sind noch angegeben: Rosenburger, Tschopp und Straumann von Waldenburg, mehrere Sissacher und Ratsherr Cherno in Oberdornach, der schon Ende 1830 mit Gutzwiller konspiriert hatte.

<sup>173)</sup> Frey, Gemälde der Schweiz, S. 132. Zwei andere Angaben (Baumgartner S. 201 und Trennung A 12), daß die Basler Revolutionäre mit ihren Gesinnungsgenossen in den Kantonen Solothurn und Aargau am 7. August eine Zusammenkunft in Oberdornach, bezw. in Aargau, gehabt hätten, dürften wohl auf einer Verwechslung beruhen.

zu nehmen, die Basler Verfassungsarbeiten vom Winter 1830 zu würdigen, daß die Stadt Basel dem Landvolk die Rechtsgleichheit, welche das Luzerner Volk erhalten<sup>174</sup>), verweigert und lieber zu den Waffen gegriffen habe; die Führer, welche „gleichsam die Schöpfer der neuen Ordnung der Dinge waren“, seien mit strenger Strafe verfolgt worden; das Landvolk bilde weitaus die große Mehrheit der Aktivbürger; die Regierung verhöhne daher die Souveränität des Volkes, wobei verschwiegen blieb, daß auch die Mehrheit des Landvolkes die Basler Verfassung angenommen hatte. Dafür wurde umso mehr der Trumpf ausgenützt: „Die durch die Regierung Verfolgten sind nämlich keine andern als solche, welche namens und als Bevollmächtigte des Landvolkes handelten.“ Sehr geschickt gewann Kopp die Mehrheit des Großen Rats durch den Kunstgriff, daß er in einer patriotischen Wendung die Solidarität des Luzerner Volkes mit den unterdrückten Landleuten scheinbar nachwies. Nach dem Sieg der schweizerischen Freiheitsbewegung sei der Schweizerbund „nicht ein Bund der Regierungen gegen das Volk, sondern ein Bund des Volkes wider alle seine Bedrückten, wie der Urbund im Grütli; . . . durch die Noth und die Gefahr des Basler Landvolkes wird auch die Ruhe und die Sicherheit unseres Volkes in Gefahr gesetzt“<sup>175</sup>).

Die Antragstellung der radikalen Kommissionsmehrheit ließ immerhin nicht alle Vorsicht außer acht. Es ist interessant, daß selbst diese ganz einseitig gegen Basel eingestellten Politiker in jenem Zeitpunkte noch auf die Begehren der Vorstellungsschrift nach Verfassungsänderung und Trennung nicht eintreten wollten. Sie lehnten besonders das Trennungspostulat eindeutig ab, „weil nicht in einer Zerrissenheit, wohl aber in Einigung das Heil des Vaterlandes gesucht werden soll“. Dagegen trat die Kommission energisch für ihren Antrag ein: Gewährung der unbedingten Amnestie mit der scharfen Drohung, daß der Kanton Basel im Falle der Ablehnung gegen allfällige üble Folgen auf keine Hilfe der Tagsatzung zählen könne.

Die Beratung im Großen Rat vom 7. August dauerte vier

<sup>174</sup>) Es ist daran zu erinnern, daß die Stadt Luzern verhältnismäßig ein weit stärkeres Uebergewicht im Großen Rat erhalten hatte als Basel, und daß damals der „Eidgenosse“ alle Gegner, welche ihr diese Repräsentation nicht gönnen wollten, beschimpfte. I. Teil, S. 195—197.

<sup>175</sup>) Man erkennt aus diesem Satze wieder die geheime Furcht der Freisinnigen, daß die bisher starke Position der Basler Regierung einen reaktionären Rückschlag in den regenerierten Kantonen bewirken könnte. Deshalb waren dort die Großräte so schnell zu Sympathiebeschlüssen für das Landvolk zu gewinnen. (Vgl. I. Teil, S. 287 und 332.)

Stunden; mit 64 Ja gegen 24 Nein erhielt die Gesandtschaft für die Tagsatzung die Instruktion nach dem Kommissionsantrag. Das war natürlich Wasser auf die Mühle der Landschäftler Unabhängigkeitspartei und ihrer Gesinnungsgenossen in allen Kantonen. Sofort nützten die radikalen Zeitungen dieses vortreffliche Werbemittel aus<sup>176)</sup>.

Der zweite Angriff gegen Basel ging von Zürich aus. Dem Stephan Gutzwiller, dem Dr. Hug und dem Liestaler Senn war es gelungen, die Bevölkerung am obern Zürchersee durch neue Propagandareisen gegen die Stadt Basel aufzuhetzen. Die Radikalen bereiteten dort einen großen Schlag vor. Die politische Bedeutung der Schützenfeste in der Regenerationszeit ist bekannt. Der Festesjubiläum und wohl auch der Genuß von gutem Wein bereiteten die Stimmung vor, so daß die feurigen, vaterländischen Reden zündeten, wobei man die Worte nicht auf die Goldwage zu legen pflegte, sondern in der allgemeinen sanguinischen Begeisterung mannhafte kernige Kampfrufe für Volksfreiheit und Tod der Tyrannen kritiklos mit lautem Beifall begrüßte.

Schon im August 1831 wollten die Zürcher Radikalen eine Festversammlung für ihre Ziele gewinnen. Sie beabsichtigten, am Sonntag, den 14. August, den in Wädenswil zu einem Freischießen vereinigten Patrioten eine scharfe Resolution vorzulegen mit dem Verlangen nach einer außerordentlichen Einberufung des Großen Rates zum Zwecke der Intervention im Basler Konflikt. Der „Republikaner“ vergaß nicht, auf die günstige Gelegenheit dieses Tages hinzuweisen; es werde nämlich gerade auch eine Versammlung seiner Aktionäre in Wädenswil abgehalten. Die Regierung von Zürich vermied einen Druck seitens des Volkes und erteilte, um ihr eigenes Ansehen zu retten, der Gesandtschaft von sich aus eine Instruktion mit der gleichen Intransigenz, die im Großratsbeschluß des Kantons Luzern enthalten war. Die Forderung nach einer unbedingten Amnestie sollte mit der Warnung vor aller Gefahr verbunden sein, die der Stadt Basel

---

<sup>176)</sup> Zum Beispiel der „Republikaner“ Nr. 62 vom 12. VIII., der sein ausführliches Referat mit dem Kommentar begleitete: „Es muß mit der Verdorbenheit eines eidgenössischen Standes weit gekommen sein, wenn er in der obersten Behörde des Mitstandes auch nicht *eine* billigende Stimme für sich hat“ (die 24 Nein wurden vornehm ignoriert). Schnell zog der „Republikaner“ die überraschende Konsequenz: „Diese Aktenstücke, die aus der Mitte einer unbeteiligten, unparteiischen Behörde hervorgehen, sind die beste Widerlegung der vielen Verläumdungen, welche von Seite gewisser Basler so schamlos nach allen Richtungen über die mißhandelte und unterdrückte Landschaft ausgespien werden.“ Siehe anderseits „Basler Zeitung“ Nr. 94, 97 und 99.



aus der Verweigerung „dieses billigen Ansuchens“ erwachsen könnte<sup>177)</sup>.

Noch war kein ganzer Monat seit der bedeutungsvollen Sitzung der Tagsatzung verflossen, und wie hatte sich nun die eidgenössische politische Konstellation für die Stadt Basel schon so sehr verschlechtert! Damals herrschte ein freundschaftlicher Geist, der für geschickte Verhandlungen zwar keinen vollen Sieg, aber doch eine annehmbare Lösung in Aussicht stellte. Jetzt hatten bereits die zwei wichtigsten Stände bedingte Acht- und Bannerklärungen gegen die Stadt Basel erlassen; die andern regenerierten Kantone bereiteten ähnliche Resolutionen vor.

Die verlorene Chance der günstigen Stunde konnte nicht mehr eingebracht werden. Wohl machte die Regierung dazu einen Versuch durch Versendung eines Kreisschreibens vom 13. August, in welchem sie alle Stände von der falschen Darstellung der Vorstellungsschrift überzeugen wollte. Sie beging damit den Fehler, daß sie von einer „Prozeßschrift“ Gutes erwartete; der Erfolg war so, wie man ihn erwarten mußte. Die Regierungen antworteten nach ihrer eigenen politischen Einstellung, im allgemeinen sympathisch oder wenigstens höflich, aber ohne feste Bindung. Eine schwere Enttäuschung bereitete die Solothurner Regierung den Baslern, indem sie unmißverständlich zur Gruppe der Gegner, der Kantone Luzern, Zürich, Aargau und Thurgau<sup>178)</sup> abschwenkte. Das Schreiben vom 14. August anerkannte die Flüchtlinge, die Anführer des Januaraufbruchs, als „gewesene Bevollmächtigte“ des Landvolks. Diese merkwürdige offizielle Erklärung einer Kantonsregierung zeigte für die Zukunft bei einer weitem Verschärfung des Konfliktes sehr bedenkliche Perspektiven.

Nun hatte die Unabhängigkeitspartei der Landschaft Wind in den Segeln; ihr schien bei einem neuen Angriff gegen die Regierung der Rücken durch die radikale Schweiz gedeckt zu sein. Was hatte sie auch zu befürchten? Sie konnte von der sichern Annahme ausgehen, daß im schlimmsten Falle, bei einer neuen Niederlage, wieder eine Amnestie erzwungen werde. Zur Animierung der Stimmung trug Dr. Hug viel bei, indem er von Luzern die Erklärung des Präsidenten der Tagsatzung überbrachte, daß ein Einschreiten des Zentralorgans zwar unmöglich sei, solange im Kanton Basel Ruhe herrsche; dagegen wäre es etwas anderes,

<sup>177)</sup> Trennung A 12. Privatbrief aus Zürich vom 13. VIII. „Basler Zeitung“ Nr. 99. „Schweizer Bote“ Nr. 33, S. 269.

<sup>178)</sup> Seine Gesandten erhielten eine Instruktion im gleichen Sinne wie diejenigen von Zürich und Luzern.

wenn wieder Unruhen ausbrächen<sup>179)</sup>. Wir fassen diese Meldung als eine Erfindung oder mindestens Verdrehung des vielgewandten Dulders Dr. Hug auf, da Amrhyn sich gegen Basel bisher loyal benommen hatte. Eine versteckte Suggestion zu einem neuen Aufstand ist nicht ihm, wohl aber seinem Kollegen Casimir Pfyffer, dem Freund des „Eidgenossen“ zuzutrauen. Die Unabhängigkeitspartei nahm jedoch den Lockruf des Dr. Hug sofort auf und verbreitete das Rezept: Unruhen stiften, dann hilft uns die Tag-satzung!

Vom 11. August an läßt sich im Kanton Basel eine starke Verschärfung des Konflikts durch eine Vermehrung von einzelnen Akten eines aufrührerischen Benehmens feststellen<sup>180)</sup>. Viel wichtiger war es, daß fast alle zur Unabhängigkeitspartei gehörenden Großräte jetzt den entscheidenden Schritt taten und die „Secessio in montem sacrum“ vornahmen. Rosenburger gab als erster am 12. August seine Demission als Großrat ein und ihm folgten an den beiden nächsten Tagen 32 Kollegen<sup>181)</sup>. Dies bedeutete die offene Absage an die Regierung und ließ zugleich die Absicht erkennen, daß die Großräte sich dem Treueid, den sie hatten ablegen müssen, entziehen wollten. Die gemeinsame Demission bedeutete die Konstituierung der neuen Insurrektionspartei.

Eine merkwürdige Vorsicht bewies dagegen der sonst so fanatische Dr. Frey. Er vermied in jenen Tagen den Austritt

<sup>179)</sup> Hug selbst hat später („Schweizer Republikaner“ Nr. 70 vom 7. X. 31) eine solche Aussage Amrhyns demontiert; das Gerücht ist aber unzweifelhaft ausgestreut worden, s. Basler Revolution II 2, S. 39, „Basler Zeitung“ Nr. 100; „Appenzeller Zeitung“ Nr. 133. - - - - -

<sup>180)</sup> In der Nacht vom 10./11. August brannte auf der Sissacher Fluh ein grosses Feuer, und in Sissach wurden viele Flintenschüsse abgeschossen; obrigkeitlich gesinnten Beamten warf man große Steine gegen die Fensterläden. Weitere Exzesse s. u.

<sup>181)</sup> Nach den Akten Trennung A 12 haben vom 12.—14. VIII. demissioniert, von Liestal: Rosenburger, Niklaus und Michael Singeisen, Berry, Samuel Seiler, Ratsherr; J. J. Debary, Rudolf und Samuel Brodbeck; von Lausen: Balmer, Buser; von Frenkendorf: Christen, J. Martin; von Mönchenstein: J. K. Kummeler, Gaß; von Pratteln: Johann und Niklaus Stingelin; von Muttens: Dr. Gaß, Jakob Mesmer; von Biel: Löw; von Benken: Kleiber; von Waldenburg: Jakob Moser, F. Schneider; von Diegten: H. Schneider; von Füllinsdorf: J. Jenny; von Allschwil: Paul Vogt, J. Gürtler; von Ettingen: Schaub; von Wintersingen: J. J. Grieder, F. Brodbeck; von Arisdorf: J. Griner; von Buus: Heinrich Graf; von Oberwil: Häring; von Therwil: Jakob Gutzwiller.

In der Literatur wurden bis zum 17. August 22 und bis zum 18. August 36 Demissionäre angegeben: „Neue Zürcher Zeitung“ Nr. 67 und 68, „Vaterlandsfreund“ Nr. 54, S. 260 und 56, Frey, Gemälde S. 133 und die spätere Literatur.



aus dem Großen Rat und wollte noch am 26. August in einem Schreiben an den Bürgermeister seine Wahl in die neue Regierungskommission der Landschaft mit dem als Großrat abgelegten Treueid rechtfertigen<sup>182)</sup>.

### 3. Die Reaktionen zu Stadt und Land.

Leider wurde die Insurgentenpartei, die auf der Landschaft das Signal zu neuen Unruhen gab, in gewissem Sinne moralisch durch einige krakeellustige Elemente unterstützt, welche in der Stadt in zwei Nächten Unfug verübten. Die Stadtbürgerschaft war durch die Anzeichen von einem drohenden Sturm im Baselbiet in Aufregung geraten. Wie es nun immer unmittelbar vor einem Kriege, und wenn es sich auch nur um einen Bürgerkrieg in einem kleinen Gebiet handelt, zu geschehen pflegt, so suchten die erhitzten Leidenschaften Rache an den wirklichen oder vermeintlichen Verrätern zu nehmen. Als solche galten in Basel hauptsächlich Niklaus Singeisen und Professor Troxler. Der erstere hatte bisher als Wirt des „Wilden Manns“ in der Freien Straße von der Bürgerschaft gelebt und bis zu den Neuwahlen die hohe Ehre genossen, als Ratsherr in der Regierung zu sitzen. Sein offener Abfall und vor allem seine Bemühungen, in Luzern die Tagherren für die Annahme der Petition mit dem Ziel einer Abtrennung des Baselbiets vom Kanton zu gewinnen, war in den Augen der Stadtbürger ein klarer Beweis des Verrats.

Den Bruch Troxlers mit den staatlichen Behörden und mit seinen Kollegen an der Universität haben wir bereits besprochen. Seine mehrfachen, in der „Appenzeller Zeitung“ erschienenen Angriffe gegen angesehene Persönlichkeiten hatten den Zorn der Bürgerschaft erweckt. Deren Erbitterung steigerte sich noch mehr, als in den ersten Tagen des August Troxlers Schrift: „Der Basler Inquisitionsprozeß“ im Druck erschien. Wie im allgemeinen polemische Schriften vor hundert Jahren eine weit größere Bedeutung besaßen als heute, so kamen sich auch die Basler damals durch dieses „Pamphlet“ vor der ganzen Schweiz als beschimpft vor. Der Vorstoß Troxlers löste einen Gegenstoß aus, der an sich sehr harmloser Natur war und sich in der Inszenierung mehr lächerlich als tragisch gestaltete, aber doch in der Auswirkung verhängnisvoll wurde.

In Frankreich war es damals gebräuchlich, daß die Opposition den zur Partei des Ministeriums gehörenden Mitgliedern der Kammer an ihrem Wohnorte eine Katzenmusik brachte, wofür

<sup>182)</sup> Trennung Band 13, 26. VIII.; Basler Revolution II, S. 52.

man den Namen „Charivari“ verwendete. Am Freitag, den 12. August, hatte nun Bürgermeister Frey erfahren, daß eine Schar Bürger, die regelmäßig in der Wirtschaft Bell am Barfüßerplatz zusammenkamen und politisierten, beabsichtigten, vor dem „Wilden Mann“ an der Freien Straße und vor der Wohnung Troxlers in der Rheingasse ein Charivari zu veranstalten<sup>183</sup>). Er beauftragte den Polizeidirektor, dies zu verhindern. Obwohl Wieland den Zweck eines solchen Haberfeldtreibens innerlich billigte<sup>184</sup>), mahnte er die Herren Bell und Konsorten ab<sup>185</sup>); diese versprachen, den Zug zu unterlassen. Das Gerücht von dem beabsichtigten Radau hatte sich indessen bereits in der Stadt verbreitet; eine Menge Gaffer wartete an der untern Freien Straße auf das Schauspiel; als der Zug nicht erschien, begannen die ungeduldig gewordenen und enttäuschten Zuschauer selbst mit dem ihrer Ansicht nach ergötzlichen Spiel. Sie machten zuerst vor dem „Wilden Mann“ Lärmen mit großem Geschrei und Werfen von Kieselsteinen gegen die Fensterläden. Ähnliche Szenen spielten sich nach 11 Uhr vor dem Hause des J. J. Debary in der Steinenvorstadt ab; dann begab sich der vereinigte Zug in das Kleinbasel, wobei die Demonstranten beim Vorbeimarsch auch dem Apotheker J. J. Huber an der Schiffflände ihre Gesinnung bekundeten. Den Höhepunkt erreichte der Kra-wall vor dem Hause Troxlers; er selbst schilderte die entsetzlichen Szenen wie folgt:

„Zwischen 12 $\frac{1}{2}$ —1 Uhr wurde mein Haus durch eine Rotte Meuterer überfallen... nach gewaltigem Lärm und Geschrei, was mich vermutlich ans Fenster locken sollte, wurden Steine gegen das Haus geschleudert, gegen die Tür und die zwei offenen Fenster, meine Wohn- und Schlafzimmer im ersten Stock. Meine Frau befiel ein Schrecken, daß sie nun krank liegt; ich, weil ich die Hausthüre zerschmettert glaubte, eilte zur Zimmerthüre, um

<sup>183</sup>) Vgl. für das folgende: Offizielle Akten Trennung A 12; *private*: Basler Revolution II, S. 35. „Basler Zeitung“ Nr. 99. Mitteilungen für den Kanton Basel S. 39. Vaterlandsfreund Nr. 54, S. 261. „Eidgenosse“ Nr. 66 und 67. „Appenzeller Zeitung“ Nr. 132 und 133. „Schweizer Republikaner“, Beiblatt Nr. 7 und Nr. 64. „Neue Zürcher Zeitung“ Nr. 67 und 68. „Schweizer Bote“ Nr. 33.

<sup>184</sup>) Dies geht namentlich aus der Einleitung seines Rapportes vom 15. hervor: „Empört durch die fortwährenden Umtriebe der Insurgenten und deren Anreizungen hatte sich ein Theil der Bürgerschaft entschlossen, diesem gefährlichen Treiben mit Gewalt ein Ende zu machen.“

<sup>185</sup>) Rapport Wielands vom 12. VIII.: „Der mir erteilte Befehl ist vollzogen und ich habe ernstlich gewarnt, daß keine nächtlichen Unfugen stattfinden sollen.“ Trennung A 12.

mich zur Wehr zu setzen. Inzwischen wurden die Meuterer verscheucht.“

Eigenartig ist es, wie Professor Troxler, der während seines ganzen Lebens für Meutereien als höchst lobenswerte patriotische Heldentaten geschwärmt hat und der selbst an der Anstiftung des Volkes zu gewaltmäßigen Verfassungsänderungen in den Kantonen Luzern und Aargau mitgewirkt hatte, nun plötzlich dem Begriff der Meuterei, angewandt auf eine kleine Katzenmusik, den Charakter eines abscheulichen Verbrechens beilegte. Dabei hatte sich der große Revolutionsverehrer allzuleicht ins Bockshorn jagen lassen; unter dem Eindruck des Schreckens übertrieb er stark die Bedeutung des Überfalls.

Polizeileutnant Meyer traf bei seiner Untersuchung am zweitnächsten Tage die Frau Professor nicht mehr bettlägerig vor; vielmehr war sie mit ihrem Mann nach Grenzach spaziert<sup>186</sup>); auch fanden sich keine Spuren von Steinwürfen im Zimmer; die Magd wies zwar auf ein abgeschlagenes Stücklein am Ofen hin; doch hatte der Bruch ein veraltetes Aussehen. Nach dem Berichte eines Augenzeugen waren nur zwei Steine gegen die Haustüre geworfen worden.

In der nächsten Nacht wiederholte sich eine Lärmszene vor dem „Wilden Mann“; besondere Vorfälle ereigneten sich nicht. Am Sonntag, den 14. August, bildete sich eine Gegenorganisation beim Bierbrauer Debary. Der Schullehrer Kölner, Sohn<sup>187</sup>), hatte eine Schar Studenten, angeblich fremder Herkunft, bestellt; singend zog er mit ihnen die Freie Straße herab und über die Rheinbrücke zu Professor Troxler, um diesem ein Ständchen zu bringen. Außerdem hatten sich Arbeiter zusammengetan, welche ebenfalls sangen und die Gerbergasse heraufmarschierten. Dies war der erste Arbeiterpropagandazug in der Stadt Basel. Was er eigentlich bezweckte, ist in den Akten nicht angegeben. Offenbar sollte nur die Sympathie für die Unabhängigkeitspartei der Landschaft bezeugt werden, da in jener Zeit die Arbeiter, die noch keine eigene Partei bildeten, mit den Radikalen Hand in Hand gingen. Beim Barfüßerplatz trieben Bürger, vermutlich Gäste aus der Wirtschaft Bell, die Arbeiter auseinander.

Hierauf setzte sich der nun plötzlich auftauchende Polizeidirektor Wieland an die Spitze der gesamten Bürger und zog mit ihnen gegen das Kleinbasel. An der Sporengasse stellte er den

<sup>186</sup>) Nach Polizeirapport; die „Appenzeller Zeitung“ berichtete dagegen: „Troxler und Snell flüchteten mit der Familie nach Grenzach und suchten dort eine Freistätte gegen das anarchistische Treiben der Tollen zu Ophir.“

<sup>187</sup>) S. über ihn oben S. 11 und 58, unten S. 168.

Zug der Studenten, die von Troxler zurückkehrten, und löste ihn auf. Warum ist nicht ersichtlich. Soweit die Darstellung nach den Polizeirapporten des Obersten Wieland, der aus seinem Herzen keine Mördergrube machte. Seine subjektiven Gefühle verriet er schon durch die ganz selbstverständliche Art, wie er die Volksmenge in die zwei Teile zerlegte: Auf der einen Seite die guten Bürger, welche die Unruhen verhindern wollten, und auf der andern Seite zwei Banden von politisch verdächtigen Fremden. In seinem Bericht vom 14. stellte er ausdrücklich fest: „Die Unfugen in der Stadt sind nicht gegen die Regierung gerichtet; *im Gegenteil*, sie finden statt, um dem Singeisen und Troxler die Gesinnungen der Bürgerschaft auszudrücken.“ Bei dieser Mentalität, die für einen Politiker ohne weiteres gegeben, für einen Polizeidirektor aber eigenartig war, lag der Gedanke nahe, daß Wieland mit seiner Polizei in der Nacht vom Freitag absichtlich am Tatort nicht erschienen sei, um das lobenswerte Volksgericht nicht zu stören. Da sich ganz in der Nähe des „Wilden Mann“ links das Polizeibureau und rechts die Polizeiwache befanden, war die Abwesenheit der heiligen Hermandad wirklich auffällig. Wieland berief sich allerdings darauf, daß der Unfug erst begonnen habe, nachdem er in seine Wohnung zurückgekehrt sei. Damit konnte er indessen in der ganzen Schweiz den Verdacht einer Begünstigung nicht abwälzen<sup>188</sup>). Mag es nun Absicht oder Sorglosigkeit sein, so hat Wieland jedenfalls seiner Vaterstadt einen sehr schlechten Dienst geleistet. Denn die schweizerischen Zeitungen bauschten die an sich doch recht harmlosen nächtlichen Vorfälle gehörig auf.

Man kann sich die überraschend große Bedeutung, welche die Basler Katzenmusik damals in der schweizerischen Politik erhielt, nur mit den überaus kleinen Verhältnissen erklären. Wie für die Kleinstadt Basel selbst mit ihren 18 000 Einwohnern der Spektakelzug ein ganz außergewöhnliches Ereignis gewesen ist, so fand er auch bei den Bürgern der andern schweizerischen Städte, die noch eine kleinere Einwohnerzahl hatten, ein lebhaftes Interesse, das durch den Mangel eigener Erlebnisse begründet war. Dankbar waren vor allem die Zeitungen für den Stoff. Wie dürftig waren doch sonst die Korrespondenzen aus den verschiedenen schweizerischen Kleinstädten mit der Beschränkung auf langweilige Bagatellsachen und Injurienhändel unwichtiger Personen! Die Basler Staatsaffäre, bei welcher es sogar beinahe

<sup>188</sup>) Der liberale „Vaterlandsfreund“, S. 261, gab sogar an: „Die Polizeioffizianten mit ihrem Chef wurden auf der Straße, zum Teil in einer sonderbaren Nähe dieser Rotte gesehen, aber von tötlichem Einschreiten nichts bemerkt.“

Blut gekostet hätte, versprach dagegen eine sensationelle Wirkung. Daher ließ sich selbst der mit der Stadt Basel so sehr sympathisierende „Vaterlandsfreund“ in Zürich die Gelegenheit nicht entgehen, den feindlichen Akt gegen Professor Troxler recht ausführlich zu schildern und zwar im Sinne einer schweren Gefährdung des Gelehrten, dessen Rettung bei der Wiederholung am Sonntag nur durch eine ihm ergebene „Schar kernhafter Studenten“ ermöglicht worden sei. „Das Gefecht endigte bald mit ein paar blutigen Köpfen, zum Vorteil der guten Sache.“

In der verflorenen Krise des Januar war die beste Waffe der Stadt gegen die vielen groben Verleumdungen in ihrer wunderbaren Einmütigkeit bestanden, da die vernünftigen Leute in der Schweiz nicht glauben konnten, daß die Basler Bürgerschaft wirkliche Verbrechen und sogar eigentliche Massenmorde ausnahmslos gebilligt hätte. Nun aber, am Vorabend des schwereren Kampfes, erweckte ein so blödes Verhalten einiger Lärmmacher den Anschein vom Bestehen einer aus schlimmen Elementen zusammengesetzten Partei und veranlaßte den früheren treuen Verbündeten in Zürich zu einer scharfen Polemik mit der folgenden Fortsetzung der Korrespondenz: „Die Gemüther sind sehr erhitzt; wenn die Landwehr nicht fortdauernd unter Waffen bleibt<sup>189)</sup>, möchte Bürgerblut in der Stadt fließen... Die Neutralgebliebenen äußern zum großen Teil tiefen Abscheu gegen den rohen und feigen Frevel und ihr Erstaunen über die ebenso unbegreiflich geübte als geduldete Handlungs- und Unterlassungsweise der Polizey. Ein großer Teil der Stadt ist es endlich müde, eine bloß partielle Schuld in That und Verantwortung sich willfährig aufs Haupt legen zu lassen.“

Die Redakteure der radikalen Zeitungen frohlockten natürlich in ihrem Herzen über die wundervolle Waffe, die ihnen ihr verhaßtester Feind, der Polizeidirektor von Basel, in die Hand lieferte. Seine alte Freundin, die „Appenzeller Zeitung“, lieferte eine besonders ausführliche Darstellung mit der an die Spitze gestellten Sentenz: „Die Hundstage wollen ihre Opfer haben.“ Recht poetisch lautete die Schilderung: „Betäubend scholl der Tollheit freches Geschrei durch die Straßen dahin und der Steine Werfen nach Läden und Haustüren accompagnierte Schrecken verbreitend hinzu.“ Nach dem fürchterlichen Spektakel bei Singeisen sei das wilde Heer zur Wohnung Troxlers gerast, „um auch da ihrer Tollheit zügellosen Lauf zu lassen“. Im folgenden wurden die Basler Bürger mit Vorliebe als tolle

<sup>189)</sup> Ein Teil der Landwehr war am Montag, den 15. auf Antrag Wielands aufgeboden worden.

Troßbuben bezeichnet oder als „Tollköpfler mit der Wuth der Mordsüchtigen“.

Den beiden Kollegen der „Appenzeller Zeitung“ war es mehr um ein sofortiges praktisches Resultat zu tun. Sie benützten die Gelegenheit, um die Schuld an dem in Aussicht stehenden neuen Bürgerkrieg im Kanton Basel vor Gott und der Tagsatzung auf die Basler abzuwälzen. Der „Republikaner“ legte die Ereignisse so aus, daß die im Hintergrunde gebliebenen Politiker, namentlich der verhaßte Heusler<sup>190)</sup>, die Bürgerschaft hätten in Hitze bringen wollen, um dann die fanatisch Gewordenen für den Ausbruch des Bürgerkrieges zu gewinnen. Schon wurde der Ausbruch eines solchen vorausgesetzt: „Das *erste* Bürgerblut, das in der Stadt geflossen<sup>191)</sup>.“ Als Konsequenz aber verkündete der „Republikaner“, daß in Basel kein Friede mehr denkbar sei: „Welcher Eidgenosse wird nach solchen Skandalen, welche zu den unglücklichsten Auftritten führen *müssen*, die mißhandelte Landschaft ferner mit Amnestie strafen wollen! Hier bleibt nichts anderes übrig als — *Trennung*.“ Also wegen einer Katzenmusik und ein paar Steinwürfen, wobei nicht einmal eine Fensterscheibe in Brüche ging, muß ein Staatswesen zerstört werden. Unmittelbar anschließend an dieses strenge Urteil meldete der „Republikaner“ ganz gleichgültig, ohne einen Kommentar beizufügen, daß dem obrigkeitlich gesinnten Präsidenten Mangold in Itingen Kugeln durch das Fenster gejagt worden seien. Dies war bedeutungslos oder sogar verdienstlich.

Der „Eidgenosse“ holte aus seiner Requisitenkammer die im Januar geschwungene Waffe der entsetzlichen „Totenköpfler“<sup>192)</sup> hervor und ließ mit einem flammenden Protest gegen die Spießbürger von Basel, welche die Fackel des Bürgerkrieges entzünden wollten, den alten Ruf ertönen: „Und Ihr, o Eidgenossen, auf dem Tage in Luzern versammelt, werdet ihr noch einmal zusehen, bis der Bürgerkrieg ausgebrochen, bevor Ihr handelt?“

Diesmal saßen die Basler in der Patsche; der literarische

<sup>190)</sup> „Der Narr von Basel, so nennen viele Leute hier den Verfasser der Basler Zeitung“, Nr. 64.

<sup>191)</sup> Unter Hinweis auf die „blutigen Köpfe“, die es in der dritten Nacht gegeben haben soll.

<sup>192)</sup> „Die Aristokratie griff in der Verzweiflung plötzlich wieder zu den Mitteln des verrufenen Januar, appellierte an die Horde der Totenköpfler und suchte ihre Rettung in dem abscheulichen Entschluß, abermals den Pöbel zum Fanatismus zu entzünden... Ein Haufen Totenköpfler, abscheulichen Angedenkens, unter denen sich sogar Polizeioffizianten und einige verrufene Studenten befanden, zogen von dem famösen Bell angeführt (NB. laut Polizeirapport unrichtig) vor die Häuser der Herren Singeisen, Debary und Troxler...“



Wortführer, Andreas Heusler, wußte in der „Basler Zeitung“ nicht viel zur Verteidigung anzuführen. Am besten benahm sich die Redaktion der „Mitteilungen für den Kanton Basel“. Sie beschönigte die Vorfälle nicht, erklärte sie aber in der Hauptsache mit der Teilnahme der sogenannten Neugierigen, welche etwas gröber „eine Menge Taugenichtse und geschäftslose Leute“ genannt wurden; solche Elemente, die zu keiner Partei gehörten oder auch von einer Partei zur andern wechselten, seien bei jedem Auflauf dabei, um einen tüchtigen Wirrwarr zu erregen, oft sogar in der stillen Hoffnung, eine Gelegenheit zum Plündern benützen zu können.

Es ist interessant, daß Basel damals schon ein soziales und politisches Großstadtproblem zu lösen hatte. Die konservative, langsame Entwicklung in unserer Stadt wird sodann dadurch bewiesen, daß es mehr als 100 Jahre gebraucht hat, bis das Polizeigericht in die Lage gesetzt worden ist, die neugierigen Teilnehmer einer verbotenen Straßendemonstration zu bestrafen. (So geschehen im Frühjahr 1933.)

Für die Befürchtung der „Mitteilungen“, daß die Exzesse in der Stadt der Insurgentenpartei auf der Landschaft sehr gelegen gekommen seien, kann als Beleg ein Brieflein des J. J. Debary<sup>193)</sup> dienen, auf welches eine von Niklaus Singeisen inszenierte Farce folgte.

Singeisen hatte sich, „um sein Leben zu retten“, nach Binningen geflüchtet. Am Montag, den 15. August, kehrten drei Burschen aus Basel im „Wilden Mann“ in Binningen ein und fingen an, mit dem unter den Gästen befindlichen Debary zu plaudern. Etwas später kam Singeisen in die Wirtschaft und nahm die drei Burschen mit sich in die Küche. Plötzlich fing er an zu schreien: Spione, Meuchelmörder, Stricke her! und behauptete, die drei Individuen hätten ihn ermorden wollen, um sich einen von Bürgermeister Frey und dem Polizeidirektor Wieland auf seinen Kopf gesetzten Preis von 200 Louisdor zu verdienen. Jene wurden sofort untersucht, doch fand man bei ihnen keine Waffen, nicht einmal ein Taschenmesser. Singeisen bestand indessen auf seiner Mordtheorie, ließ die angeblichen Verbrecher verhaften und am nächsten Morgen über Mönchenstein und Muttenz nach Liestal abführen. Dabei scheinen aber schon die Binninger das gefährliche Anarchistenattentat mehr als einen Fastnachtsulk aufgefaßt zu haben. Johann Faesch, ein Beamter

<sup>193)</sup> Er schrieb in der Nacht vom Freitag um 2 $\frac{1}{2}$  Uhr einem Gesinnungsgenossen in Liestal den Bericht über die Vorfälle mit der Wegleitung: „Ich glaube, daß nun auch in den Landbezirken die Gesetzlosigkeit ausbrechen wird.“



der Staatskanzlei, begegnete am Dienstag Morgen dem Wagen und der Eskorte. Zunächst an der Wagentür saß ein Vermummter mit einer großen hölzernen Nase, falschen Augen und großem Schnurrbart. In der einen Hand trug er eine Lorgnette und in der andern eine goldene Krone aus Pappdeckel<sup>194)</sup>.

In Liestal, wo die Gefangenen abends um 9 Uhr in der Statthalterei abgeliefert worden waren, sah die Sache zuerst sehr ernst aus. Es gab einen Volksauflauf, der bei dem Verweser Paravicini den Eindruck erweckte, daß die Insurgentenpartei den Mordversuch zum Ausgangspunkt des neuen Aufstandes machen wolle. Zeller-Singeisen, der Schwiegersohn des Appellationsrates Michael Singeisen, verlangte die Auslieferung der Arrestanten, um ein Unglück zu verhüten, „indem das Volk... zu größerer Mehrzahl total betrunken und sehr aufgeregt“ sei. Paravicini handelte nun gegen seine Amtspflicht, ergriff aber offenbar den klügsten Ausweg. In der Annahme, daß die Führer der Opposition die Verweigerung der Auslieferung benützen wollten, um das Volk in Wut zu bringen und das Mordkomplott recht glaubhaft zu machen, übergab er die drei Burschen dem Zeller, welcher von der friedlichen Lösung des Konflikts sehr enttäuscht war. Die Liestaler Unabhängigen ließen die Verbrecher durch eine Kommission, bestehend aus Jakob von Blarer, Kummler, Debary, Heusler, Singeisen und Löliger verhören und gaben sie dann um 1 Uhr dem Statthalter zurück. Dieser sandte sie am nächsten Tage nach Basel. Eine hier eingeleitete Untersuchung führte zu keinem Ergebnis.

Die Basler Zeitungen lehnten sofort jede Gemeinschaft mit den drei Individuen ab. Die „Mitteilungen“<sup>195)</sup> berichteten, daß der eine, Jakob Holdenecker, der Sohn eines Buchhändlers, ein erst kürzlich aus dem Zuchthaus entlassener Taugenichts sei, der in den letzten Tagen erweislich mit den Insurgenten verhandelt habe. Die ganze Szene im „Wilden Mann“ wurde als eine abgekartete Komödie erklärt. Weber<sup>196)</sup> hat gegen diese Auffassung eingewendet, daß der zweite Bursche, Horner, ein Metzger von Mülhausen, an dem Charivari-Umzug in Basel beteiligt

<sup>194)</sup> Trennung A, Band 12, 16. VIII. Die „Mitteilungen“ gaben eine andere Version bekannt; darnach sind die Verhafteten zu Fuß nach Liestal geführt worden. Man nahm ihnen die aristokratisch aussehenden Kravatten und Hosenträger ab und sogar die Hosenkнопfe, damit sie nicht entfliehen könnten.

<sup>195)</sup> Mitteilungen für den Kanton Basel, S. 39; gleiche Darstellung „Basler Zeitung“ Nr. 98 und 99 und von Appellationsrat La Roche im Schreiben an seinen Sohn vom 18. VIII. Basler Revolution II 2, Nr. 39. Etwas abweichend Bernoulli, Neujahrsblatt 1908, S. 17.

<sup>196)</sup> Dissertation S. 73.

gewesen sei, was seine feindliche Gesinnung gegenüber den Unabhängigen beweise, während die Basler den Horner eben als einen Spitzel betrachteten, der schon bei der Katzenmusik Exzesse habe provozieren wollen<sup>197)</sup>.

Interessant ist es, daß die radikalen Gesinnungsgenossen in der Schweiz dem Agitationsstoff diesmal nicht recht trauten. Selbst der „Republikaner“ (Nr. 69) war skeptisch und beschränkte sich auf die Bemerkung, daß *Singeisen* an den Mordversuch fest glaube, während der „Eidgenosse“ seinen Lesern doch soviel verraten konnte, daß die Täter ohne Zweifel zu den „Todtenköpflern“ gehörten. Weber hat die einfachste Erklärung darin gefunden, daß *Singeisen* betrunken gewesen sei.

## II. Der Ausmarsch vom 21. August.

### 1. Die Vorbereitungen.

Die Vermutung Paravicinis, daß schon am 16. August der zweite Aufstand in der Luft lag, bestätigen Rapporte der Polizei. Von Liestal aus waren in jener Nacht Boten zu den andern Gemeinden und zu den Schwarzbuben gesandt worden, um sie zur Bereitschaft zu mahnen; ferner war der Großrat Martin, ein echter Sturmvogel, mit mehreren andern Sissachern an jenem Tage nach Liestal gezogen. Es fragte sich nun, ob ein Führer den Mut haben werde, die Fahne des Aufruhrs fliegen zu lassen.

Die Behörde war gewarnt und konnte Gegenmaßregeln beraten. Die Schwierigkeit bestand indessen darin, daß die Regierung keinen gangbaren Weg fand. Paravicini hatte am 8. August eine baldige militärische Besetzung beantragt, da er und seine Kollegen ganz machtlos seien. Diese Ohnmacht der Statthalter war die Folge der bereits erwähnten Instruktion des Polizeidirektors an seine Mannschaft. Jene Weisung Wielands an die Landjäger, sich unter keinen Umständen in einen Streit einzulassen, die unmittelbar nach der Ablehnung seines Antrages vom 25. Juli, eine mobile Kolonne nach Liestal zu entsenden, ergangen war, läßt vermuten, daß sie seiner Verärgerung entsprungen sei.

<sup>197)</sup> Der Umstand, daß Polizeidirektor Wieland den Horner hatte verhaften lassen und ihn in einem Rapport als Rädelsführer beim Umzug darstellte, spricht offenbar gegen eine Gemeinschaft mit ihm. Trennung A, Band 12; 17. VIII.

<sup>198)</sup> In der Hauptsache nach den amtlichen Akten. Trennung A, Band 12 und 13.